



Der Luzerner Regierungsrat nach den Wahlen 2019 (von links nach rechts: Paul Winiker, Reto Wyss, Guido Graf, Fabian Peter, Marcel Schwerzmann). Foto Keystone

«Auf Kurs, aber grosse Herausforderungen»

REGIERUNGSBILANZ Die Coronakrise hat die zentralen Vorhaben des Kantons Luzern nicht zum Stillstand gebracht. Es sei zu keinen Verzögerungen gekommen, erklärte der Regierungsrat. Beim Klimawandel oder der Digitalisierung stehe Luzern aber noch vor grossen, nicht abschliessend kalkulierbaren Herausforderungen.

Der Regierungsrat hat gestern Donnerstag zur Mitte der Legislatur 2019–2023 Bilanz gezogen. Diese fiel

positiv aus, obwohl die Corona-Pandemie in den letzten eineinhalb Jahren viele Ressourcen band. Der Kanton Luzern habe seine mittel- und langfristigen Ziele gemäss dem Legislaturprogramm planmässig weiterverfolgt, hiess es.

Der parteilose Regierungspräsident Marcel Schwerzmann erklärte in einer Mitteilung der Staatskanzlei, der Kanton Luzern sei ausgangs der Pandemiekrise finanziell solid, strukturell schlank und organisatorisch gut aufgestellt. Er könne damit die absehbaren Aufgaben bewältigen.

Auf Kurs sieht sich der Regierungsrat etwa bei den Planungen für das Verwaltungszentrum am Seetalplatz, für den Campus Horw, für das Sicherheits-

zentrum Rothenburg sowie für diverse Erweiterungen kantonaler Schulen. Ferner gebe es Themen, die so wichtig seien, dass sie trotz Pandemie keinen Aufschub duldeten.

Wichtige Entscheide stehen an

Genannt wurden dazu in der Mitteilung der Gesellschaftswandel, der digitale Wandel und der Klimawandel. Diese grossen Aufgaben seien indes noch nicht abschliessend kalkulierbar. Der Kanton befinde sich in einer Übergangsphase, es stünden wichtige Entscheide des Parlaments und der Stimmberechtigten an.

Längerfristig sei mit einem erheblichen Aufwand an finanziellen Mitteln und Ressourcen zu rechnen, um diesen

Wandel zu bewältigen, hiess es weiter. Der Regierungsrat gehe die Herausforderungen zwar zuversichtlich, wenn auch mit grossem Respekt an.

Der Regierungsrat hatte die neue Legislatur nach den Gesamterneuerungswahlen am 1. Juli 2019 gestartet. Ihm gehören neben Bildungsdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos/seit 2007) Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP/seit 2010), Finanzdirektor Reto Wyss (CVP/seit 2011) und Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP/seit 2015) an.

Neu zur Regierung stiess vor zwei Jahren Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter (FDP). Schwerzmann und Wyss tauschten auf Beginn der Legislatur ihre Departemente. sda

«Stadt und Land – ein Kanton»

PRÄSIDENTIALJAHR Der Kantonsrat hat Rolf Bossart (SVP, Schenkon) zum Kantonsratspräsidenten und Rolf Born (FDP, Emmen) zum Vizepräsidenten für die Amtsdauer 2021/2022 gewählt. Regierungspräsident Marcel Schwerzmann stellt sein Präsidialjahr unter das Motto «Stadt und Land – ein Kanton». Unter diesem Motto werden ein Jahr lang Testimonials verschiedener Akteure aus Stadt und Land auf www.lu.ch veröffentlicht. sk

Nach Risikoanalyse: Zivilschutz wird aufgerüstet

SICHERHEIT Der Luzerner Regierungsrat hat analysieren lassen, was dem Kanton gefährlich werden könnte und mögliche Risiken definiert. Diese reichen von Hochwasser über Erdbeben bis Terroranschlag. Mit 144 Massnahmen will die Regierung bestehende Defizite beheben und möchte dazu auch den Zivilschutz stärken.

Eine Expertengruppe habe in einem ersten Schritt 15 Gefährdungen aufgezeigt, die für den Luzerner Bevölkerungsschutz relevant seien, teilte die Luzerner Regierung am Dienstag anlässlich der Präsentation der Gefährdungs- und Risikoanalyse mit. Die Gefahren sind naturbedingt, wie Erdbeben oder Trockenheit, technikbedingt, etwa ein Stromausfall oder ein AKW-Unfall, sowie gesellschaftsbedingt, beispielsweise eine Pandemie oder ein Andrang von Schutzsuchenden.

Die potentiellen Gefährdungen wurden nach Wahrscheinlichkeit und Ausmass ausgewertet. Mit einer Häufigkeit von einmal in 50 bis 100 Jahren steht eine Dürre zuoberst in der Skala, ein AKW-Unfall und ein Unfall im Erdgas- oder Erdölleitungen dagegen werden als am unwahrscheinlichsten eingestuft. Für jede Gefährdung haben die Autoren ein Szenario formuliert, so etwa bei einem Erdbeben der Stufe 6, wo mit bis zu 100 Todesopfern gerechnet würde und Schäden von rund 20 Milliarden Fran-



Zivilschützer im Einsatz bei der Impfkampagne: Der Kanton Luzern möchte auch wieder eine Sanitätsabteilung im Zivilschutz aufbauen. Foto Keystone

ken anfallen könnten. Die Häufigkeit liegt bei einmal in 500 bis 1000 Jahren.

Mehr Zivilschutz

In einem zweiten Schritt schauten die Experten, bei welchen Ereignissen der Kanton Defizite ausweist, und sie formulierten 144 Massnahmen. Der Gross-

teil davon könne bei den Behörden im Tagesgeschäft umgesetzt werden, sagte Vinzenz Graf vom Kantonalen Führungstab vor den Medien und nannte als Beispiele etwa den möglichen Einbezug von Jägern bei Tierseuchenbekämpfung oder den Einsatz der App Alertswiss.

Am akutesten ist der Handlungsbedarf bei Trockenheit, Hochwasser und Erdbeben, wo die meisten Massnahmen anfallen. Weil die Analyse noch vor der Corona-Pandemie entstand, müssen in diesem Bereich zudem elf Massnahmen überprüft werden. Denn die Referenzpandemie liege bezüglich den Folgen

deutlich unter dem, was Corona gezeigt habe. Zehn Massnahmen von grösserer Tragweite packt die Regierung an. Dabei handelt es sich etwa um die Frage, ob der Zivilschutz wieder eine Sanitätsabteilung und neu eine Trümmerrettung einführen soll. Gemäss Justizdirektor Paul Winiker (SVP) würde die Rolle des Zivilschutzes gestärkt. Dazu möchte die Regierung auch Frauen gewinnen. Das Rekrutierungsproblem, dass nämlich immer weniger Personen Zivilschutz leisten wollen, sei nur mit dem Bund lösbar, sagte Winiker. Ein entsprechender Antrag sei dort deponiert.

Cyber-Koordinator

Was dagegen in der Macht des Kantons steht, ist eine geplante Stelle für einen Cyber-Koordinator oder eine -Koordinatorin zum Schutz vor Cyberbedrohung. Die Stelle soll 2022 ihre Arbeit aufnehmen. Zu den Kosten der einzelnen Massnahmen machte Winiker keine Angaben.

Vorwärts machen will die Regierung zudem beim Hochwasserschutz, konkret mit der Renaturierung der Reuss, da in deren Einzugsgebiet über 135'000 Menschen von einem allfälligen Hochwasser bedroht wären. Umweltdirektor Fabian Peter (FDP) sagte, aufgrund der Klimaveränderung müsse man vermehrt mit Unwettern rechnen. Zur Reussrenaturierung laufen bis im Spätherbst Einspracheverhandlungen, eine Volksabstimmung über das 200-Millionen-Franken-Projekt dürfte frühestens 2023 erfolgen, die Bauzeit beträgt zwölf Jahre. sda